

Europawahltag 2024: Wie der Rechtsruck in der EU die Europawahl 2024 zu unserer Pflicht werden lässt

„Echte Männer sind rechts, echte Männer haben Ideale“, „deutsch und frei wollen wir sein“, „alle Feministinnen sind hässlich und grässlich“, „Ich würde nie sagen, dass jeder, der eine SS-Uniform trägt, automatisch ein Krimineller ist“, „nur, weil mein Großvater Mitglied der NSDAP war, war er ja kein Nazi“ und „liebe Frauen, seid Frauen. Und zur Weiblichkeit gehört die Mutterschaft dazu“.

Liebe Mitschülerinnen, liebe Mitschüler, liebe Lehrkräfte,

angenommen, ich würde diese Rede weiterhin genau auf diese Weise ausgestalten – nahezu augenblicklich würden wir bei der maximalen Unerträglichkeit landen, wenn dann auch wirklich das letzte Milieus, die letzte Gesellschaftsklasse, das letzte Geschlecht, die letzte Randgruppe, schlichtweg der letzte Mensch auf dieser Welt entweder gnadenlos stereotypisiert, diffamiert, entwürdigt, abgewertet oder ganz einfach diskriminiert worden ist.

Vorweg sei gesagt: Es bleibt beim Konjunktiv, es bleibt beim „angenommen, ich würde“. Weder werde ich diese traumhafte Zitateliste fortführen, noch stammen diese Sätze von mir – und doch muss ich

Ihnen eine Eigenschaft zuschreiben, die sie in zweifelloser Perfektion umsetzen: Die Illustration eines der größten Probleme Deutschlands und der Europäischen Union.

Und dabei spreche ich nicht von Migration, Klimapolitik oder Sicherheit, ich spreche vom Rechtsruck, der pausenlosen Radikalisierung des rechten Spektrums unseres politischen Zusammenlebens.

Und wer meint, die Radikalisierung hat keinen Namen, der täuscht sich, wie ich finde. Die Radikalisierung hat sehr wohl einen Namen, die Radikalisierung hat eine Personifikation, ein Sinnbild, das im vergangenen Kalenderjahr im Rahmen der nun kurz bevorstehenden Europawahl rasant an medialer Präsenz gewonnen hat:

Eben jenes Sinnbild ist Politiker und Teil der – natürlich – AfD.

Eben jener Politiker trägt den Namen Maximilian Kraus und ausnahmslos jedes der anfänglich vorgestellten Zitate stammt von ihm – umso erschreckender wirkt ein Blick auf die Kandidatenliste der AfD für die Europawahl.

Maximilian Kraus ist Teil dieser Liste, Maximilian Kraus lautet der erste Name auf dieser Liste, er ist Spitzenkandidat der AfD, er wird Teil des Europäischen Parlaments von 2024 bis 2029 werden. Er wird einer der 96 Abgeordneten, einer der 96 Repräsentanten Deutschlands.

Aber lass uns noch einmal ganz von vorne starten:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Artikel 1, Absatz 1, Deutsches Grundgesetz. Aber nicht nur das: Dieser Satz ist Fundament unserer Freiheit und Demokratie, die Lehre aus der NS-Diktatur und dem Holocaust. „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ – ein einfacher, kurzer Satz, gefüllt von so viel Inhalt.

Bis zum 23. Oktober 2017 war dieser Satz selbst bedingungslos unantastbar, von allen Fraktionen des Bundestages geschätzt, akzeptiert und vertreten – und dann zog die Alternative für Deutschland erstmals in den Deutschen Bundestag ein. Eine Partei, in der mindestens jeder Dritte gesichert rechtsextrem ist, in der es zweifelsfrei Mitglieder gibt, die das Fundament unserer Freiheit und Demokratie, die Menschenwürde, diplomatisch formuliert „nicht immer“ zu achten bereit sind.

Und scheinbar genau damit schafft es diese AfD viele Menschen und besonders zu viele Menschen zu mobilisieren und auf die eigene Seite zu ziehen. Im Oktober 2023 erreicht die AfD im „Deutschlandtrend“ mit einem Umfragewert von 23% ihren bislang höchsten Wert.

Nur einige Monate später veröffentlicht das Medienunternehmen „Correctiv“ viralgehende Berichte über ein Treffen in Potsdam von

Rechtsextremisten und Nazis, die menschenverachtende Pläne schmiedeten, über Deportationen und Remigration sinnierten und sich somit gegen unsere liberale Demokratie richten. Darunter auch: Hochrangige Mitglieder der AfD wie Kristin Brinker, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhaus, die im Anschluss an die Berichte überaus überzeugend vermittelte: Sie sei wegen der schönen Dachterrasse bei jenem Treffen gewesen.

Wir schreiben den 08. Mai 2024: Die stellvertretende sozialdemokratische Bürgermeisterin und Senatorin Berlins, Franziska Giffey, wird physisch angegriffen. Es ist nicht der erste Angriff von rechts dieser Tage: Auch in Dresden wird ein SPD-Politiker niedergeschlagen und schwer verletzt, zuvor wurde ein 28-jähriger attackiert, der für die Grünen Wahlplakate anbrachte.

Auf die Spitze getrieben wurde der rechte Wahnsinn zuletzt auch durch die überaus kreative Sylt-Party-Version von „L`amour Toujours“ hin zu „Ausländer raus, Ausländer raus, Deutschland den Deutschen, Ausländer raus.“ Was niemals auch nur annähernd als „Witz“ verkauft werden kann, denn das ist einfach Nazi-Gegröle.

Die physischen und verbalen Angriffe auf Politikerinnen, Politiker und Minderheiten sind mehr als einfach nur feige – sie beweisen erneut, dass die rechte Randgruppe faktisch keinerlei Gefühl für demokratische Werte hat. Wer sich engagiert, verdient Respekt: Gewalt gehört nicht in die demokratische Auseinandersetzung.

Aber das, was Extremisten stets zu reklamieren versuchen, ist das Sprechen für die „schweigende Mehrheit“ – doch selbst dieser Strohhalm wurde Ihnen zuletzt genommen:

Denn wer sind diese Millionen von Menschen, die von Kiel bis Köln, von Bayern bis Berlin, von Frankfurt bis Freiburg deutschlandweit Flagge und Courage zeigten, als die aberhundert „Demos gegen rechts“ ins Leben gerufen wurden?

Wer sind die Bündnisse, Kirchen, Gewerkschaften, Sozialverbände und Bürgerinitiativen die diese Demonstrationen tagelang trugen?

Wer sind die Menschen, die zum ersten Mal auf eine Demonstration gingen, ihre Kinder mitbrachten und ein Zeichen für Vielfalt, Solidarität und Toleranz setzten? – das ist die schweigende Mehrheit.

Die schweigende Mehrheit, die zeigt, dass Deutschland demokratisch ist und demokratisch bleiben wird. Immer.

Wie mittlerweile jeder von euch mitbekommen hat, steht uns die 10. Europawahl der Geschichte bevor. Eingangs habe ich gesagt, der Rechtsruck sei ein Problem Deutschlands aber eben auch ein Problem der ganzen Europäischen Union!

Frankreich, Italien, Niederlande – drei kulturell von Grund auf verschiedene Nationen, die aber durch die Betroffenheit vom Rechtsruck spürbar miteinander verbunden werden:

Unsere Nachbarn aus Frankreich stellen hierbei, ähnlich zur AfD und kontrastierend zu Italien und den Niederlanden, ein Paradebeispiel dafür da, wie rechtsextremistische Parteien auch dort Einfluss auf die Politik nehmen, wo sie nicht regieren: Zwar verlor die französische Politikerin Marine Le Pen mit ihrer Partei Rassemblement National im vergangenen Jahr die Präsidentschaftsstichwahl gegen Emmanuel Macron, so prägt sie doch den öffentlichen Diskurs über etwa Migrationspolitik.

Anders ist es in Italien und in den Niederlanden: Hier sind die Regierungen bereits völkisch-rechtsextrem.

Seit Oktober 2022 ist Giorgia Meloni Ministerpräsidentin Italiens, die regelmäßig dazu neigt, Migranten zum Feindbild zu deklarieren und die Demokratie nach ihren Vorstellungen zu ändern: Beispielsweise durch die Direktwahl des

Regierungschefs mit einer einfachen Mehrheit, woraus folgen würde, dass ein Bündnis dann bei erfolgreicher Wahl seines Kandidaten automatisch 55% der Sitze in den Parlamentskammern erhalten würde – die Opposition übte zurecht scharfe Kritik an den Plänen, da die siegreiche Partei alleinstehend problemlos in der Lage dazu wäre, beispielsweise Gesetze zu verabschieden.

Bei den niederländischen Parlamentswahlen im November 2023 wurde die von Geerd Wilders geführte rechts-populistische „Partei für die Freiheit“ eindeutig stärkste Kraft und ist seit April in einem Regierungsbündnis. Laut Koalitionsvereinbarung will dieses Bündnis das strengste Asylgesetz aller Zeiten einführen, zu permanenten Grenzkontrollen zurückkehren und Maßnahmen gegen ausländische Studierende verhängen, womit die Regierung vielen Grundsetzen und Erfolgen der EU, wie dem Schengen-Abkommen oder Erasmus, illegitim trotzt.

Um das Ausmaß des Rechtsrucks in der EU faktisch und zahlenbasiert noch zu untermauern, wählten bei den letzten nationalen Wahlen der EU-Länder in Ungarn 54,1% rechtspopulistisch, in Polen 42,6%, in Italien 34,8% und in Schweden 20,5%. In Deutschland 10,3%. Bei der Bundestagswahl 2021.

Jetzt, am Sonntag, den 09. Juni 2024, steht keine nationale Wahl bevor, aber eine Wahl, die nicht minder wichtig ist. Die Europawahl.

Der Rechtsruck macht diese Wahl zu unserer Verpflichtung, sage ich. Aus absolut tiefster Überzeugung.

Diese Wahl ist keine gewöhnliche Wahl. Sie ist ein Test, eine Herausforderung für uns, die Zukunft Europas:

In den Gründerstaaten (in den Gründerstaaten) unserer EU Frankreich, Italien, Deutschland und den Niederlanden erstarken nationalistische und populistische Kräfte. Sie untergraben die Errungenschaften der europäischen Zusammenarbeit, die 1951 in Schutt und Asche begann und in Würde, Gleichheit, Freiheit, Solidarität, Vielfalt und Offenheit münden sollte.

Was wir daraus machen, hängt ab sofort auch an uns, in der ersten EU-Wahl ab 16 – wir werden unsere Werte verteidigen und mitentscheiden – auch wenn es mal Gegenwind gibt, denn sonst tun es die Falschen.

WIR sind die schweigende Mehrheit und um Herrn Kraus nochmal frei aufzugreifen, echte Männer, liebe Leute, setzen ihr Kreuz bei Demokraten.

Jede Stimme zählt, jede Stimme ist ein Schritt in die richtige Richtung. Europa braucht uns, weil es gerade dazu neigt, die Demokratie als

Selbstverständnis anzusehen, aber „Demokratie hat man nicht, Demokratie lebt man“ - und das startet jetzt bei uns!

Use your voice! Am Sonntag!
Vielen Dank!

Quellenverzeichnis:

Bensmann, M., von Daniels, J., Peters, J.: Geheimplan gegen Deutschland. 2024, von: Correctiv.
<https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>
(letzter Zugriff: 02.06.2024)

Bubrowski, H.: Jeder Dritte in der AfD ist rechtsextrem. 2023, von: Frankfurter Allgemeine.
<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/verfassungsschutz-jeder-dritte-in-afd-ist-rechtsextrem-18977735.html> (letzter Zugriff: 02.06.2024)

Decker, F.: Etappen der Parteigeschichte der AfD. 2022, von: Bundeszentrale für politische Bildung.
<https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/273130/etappen-der-parteigeschichte-der-afd/>
(letzter Zugriff: 02.06.2024)

https://www.tiktok.com/@maximilian_krah/video/7246324156394933530?lang=de-DE (letzter Zugriff: 03.06.2024)

Listenplätze Europawahl – Alternative für Deutschland. 2024, von: AfD. <https://www.afd.de/listenplaetze-europawahl/> (letzter Zugriff: 02.06.2024)

Maximilian Krah (AfD), Spitzenkandidat bei der Europawahl – Jung & Naiv: Folge 701. 2024 von: Jung & Naiv.
<https://www.youtube.com/watch?v=BuMZzfDUOf8> (letzter Zugriff: 03.06.2024)

o.V.: „Deutschlandtrend“ sieht AfD bundesweit bei 23%. 2023, von: Spiegel.

<https://www.spiegel.de/politik/afd-erreicht-laut-ard-deutschlandtrend-rekordhoch-von-23-prozent-a-a99396d5-757d-4b51-8ec5-76df74d8dfa7> (letzter Zugriff: 02.06.2024)

o.V.: Europäische Werte. 2019, von: Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/europa/70652/europaeische-werte/> (letzter Zugriff: 30.05.2024)

o.V.: Nach Giffey-Angriff: Verdächtiger ermittelt. 2024, von: zdf. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/franziska-giffey-angriff-berlin-krankenhaus-100.html> (letzter Zugriff: 02.06.2024)

o.V.: Stimmenanteile rechtspopulistischer Parteien bei den letzten Wahlen in ausgewählten europäischen Ländern bis 2024. 2024, von: statista. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/941937/umfrage/stimmenanteile-rechtspopulistischer-parteien-in-europa/> (letzter Zugriff: 03.06.2024)

Rüssmann, U.: Maximilian Krah bei der Europawahl: Das ist der Spitzenkandidat der AfD. 2024, von: Frankfurter Rundschau. <https://www.fr.de/politik/krah-afd-europawahl-spitzenkandidat-china-russland-spionage-mitarbeiter-93029196.html> (letzter Zugriff: 30.05.2024)

So viele Rechtsextreme arbeiten für die AfD im Bundestag. 2024, von: heute-show. <https://www.youtube.com/watch?v=LWJG4TE7olo> (letzter Zugriff: 02.06.2024)

tei/jk: Die Rechtsaußen-Parteien gewinnen an Einfluss. 2024 von: Deutschlandfunk. <https://www.deutschlandfunk.de/rechtspopulismus-rechtsextremismus-europa-rechtsruck-100.html> (letzter Zugriff: 03.06.2024)

